

## Vierzig Stunden sind gefordert

Die Herbstversammlung der PTT-Union Sektion Olten-Post hat ein Communiqué verfasst. Darin heisst es:

„Die PTT leidet unter Personalmangel. Personalengpässe auf der ganzen Front, vor allem in den unteren Lohnklassen, sind an der Tagesordnung. Im Postzentrum Däniken sind 35 Prozent des Personals Aushilfen und Teilzeitangestellte, in Olten fehlen Betriebspraktikanten, auf den kleinen Plätzen die Ablöser. Nur durch rasche Massnahmen im Lohnsektor kann die Lage entschärft und eine Beeinträchtigung der Dienstleistungen vermieden werden. Die vom Bundesrat für den Herbst 1988 in Aussicht gestellte Zulage von 600 Franken kommt nicht nur zu spät, sie ist auch zu tief. Mit dieser und andern ungenügenden, in Aussicht gestellten Verbesserungsmassnahmen lassen sich die uniformierten Pöstler nicht mehr abspeisen. Präsident Josef Vonarburg konnte im Restaurant „Eisenbahn“ in Trimbach eine grosse Anzahl Mitglieder zur Herbstversammlung begrüßen. Die Sektion Olten-Post der PTT-Union zählt heute 548 Mitglieder, 12 mehr als im Vorjahr. Sie rekrutieren sich aus dem Solothurnischen, von Schönenwerd bis nach Balsthal, und aus dem aargauischen Wiggertal. Der Gesamtzuwachs ist erfreulich, umso mehr als auch einige Austritte infolge Berufswechsels, Unzufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen aber auch unlogischer Einschätzung der Gewerkschaftsarbeit zu verzeichnen waren.

Das ausgeglichene Budget für das Jahr 1988 wurde einstimmig gutgeheissen. Darin enthalten sind nebst jährlich wiederkehrenden Budgetposten die Auslagen für den PTT-Unionskongress in Genf vom Herbst 1988. Der Vorstand beabsichtigt, für die immer umfangreicher werdende Rechnung ein modernes Rechnungsmodell einzuführen.

Aufgrund des Berichtes über die Präsidentenkonferenz in Thun milchte sich eine breite Unzufriedenheit, die sich bis zur Empörung steigerte, unter den Anwesenden bemerkbar. Niemand versteht zum Beispiel, dass der vom Parlament bewilligte Stellenplafond von der GD-PTT nicht voll ausgeschöpft wurde. Die Revision der Ämterklassifikation soll für den grössten Teil des uniformierten Personals noch Jahre auf sich warten lassen, derweil auf den Herbst 1988 die Direktoren und hohe Chefbeamte vorgezogen werden. Das ist ein Skandal, auf diese Art kann weder die Personalfluktuations gestoppt, noch die Personalrekrutierung gefördert werden.

Die vom Bundesrat in Aussicht gestellte Lohnerhöhung für das Bundespersonal bringt für die unteren Besoldungsklassen eine Verbesserung des Grundeinkommens von 700 Franken pro Jahr. Von privatwirtschaftlicher Arbeitgeberseite wurde bereits eine grossangelegte Hetzkampagne gegen diese kleine Verbesserung eingeleitet.

Als Direktbetroffene warnen wir die bürgerliche Mehrheit des Parlamentes vor unüberlegten Verwässerungen der bundesrätlichen Vorlage. Betriebsklimaverschlechterungen und zwangsläufig nachfolgende Beeinträchtigungen der Dienstleistungen wären nicht mehr aufzuhalten.

Auf wenig Verständnis stossen sodann sogenannte gezielte Massnahmen für grosse Zentren, welche jeder gerechten Besoldungsordnung zuwiderlaufen. Nicht weniger Gesprächsstoff lieferte das Thema „Wie soll die Post im Jahre 2000 aussehen“. Es scheint als ob die neuen Richtlinien für eine Neuordnung der Laufbahn des uniformierten Personals vorzeitig abgeblockt werden sollen.

Mit grosser Skepsis steht man sodann dem Konzept „Bahn 2000“ gegenüber. Nebst allen Nachteilen, die damit für unsere Region entstehen, wird infolge der kurzen Anhalte- und Umladzeiten der Postsachentransporte aufs empfindlichste gefährdet. Wird dieser letztlich ganz auf die Strasse verdrängt, entsteht, nebst vermehrter Schadstoffbelastung der Luft, für die Bahnen ein Einkommensausfall von 100 Mio. Franken pro Jahr.

Die geplante Frühzustellung von politischen Tageszeitungen durch Privatpersonen scheint in einem Fiasko zu enden. Versuche in Schaffhausen haben aufgezeigt, dass diese Vertragung durch Privatpersonal nicht gewährleistet werden kann, und der Kundschaft damit kein Dienst erwiesen wird. Vielerorts wären zudem die Briefkastenanlagen frühmorgens nicht zugänglich. Die Postzustellung der Zeitungen erweist sich nach wie vor als die zuverlässigste. Dass vom flexiblen Altersrücktritt 40 Prozent der Berechtigten Gebrauch machen wollen, löste bei der Verwaltung Erstaunen aus, nicht aber bei den Verbänden. Diesen ist längststens bekannt, dass die älteren Kollegen unter dem Stress am Arbeitsplatz besonders zu leiden haben. Hin und wieder sollte man sich das an höchster Stelle merken, besonders wenn es um Zustelldienst und andere Inspektionen geht.

Merken sollte man sich an dieser Stelle auch, dass Pensionierte noch berechnete Begehren anmelden, so die Abgabe des Halbtaxabonnements an diese Kategorie, denn sie in erster Linie haben ja Zeit, davon Gebrauch zu machen.

Präsident Joser Vonarburg schloss die in Kampf Stimmung endende Versammlung mit einem Aufruf an alle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, der Vierzigstundenwoche anlässlich der Volkabstimmung im kommenden Jahr zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist ein Gebot der Solidarität, das durch Rationalisierungsmassnahmen schwindende Arbeitsvolumen gerecht und auf alle Arbeitenden zu verteilen“.

SoAZ, 3.12.1987.

PTT-Union > Arbeitszeit. Versammlung. SoAZ, 1987-12-03